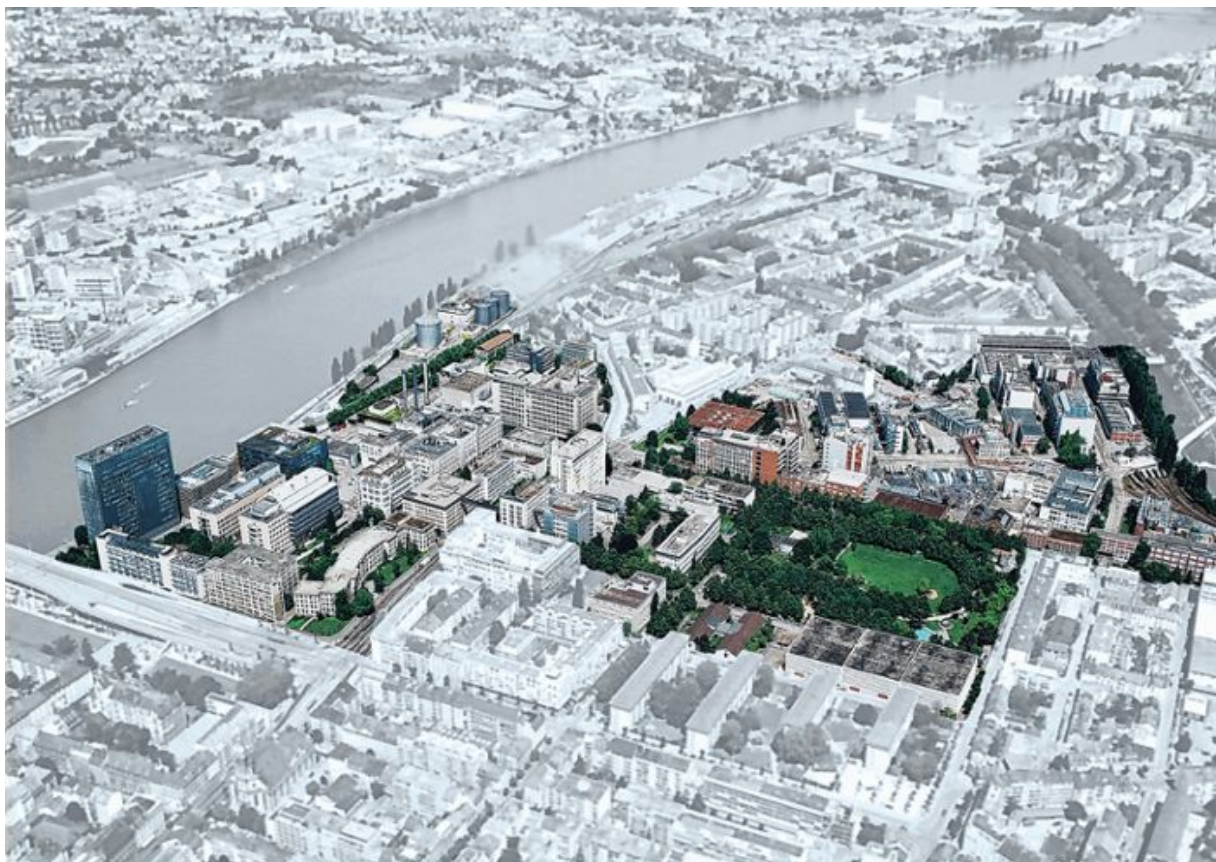


Die Oberbadische

Basel

Nicht gründlich untersucht

Die Oberbadische, 23.06.2019 - 16:20 Uhr



Wie stark der Boden im Stadtteil Klybeck belastet ist, bleibt unklar. Visualisierung: zVg Foto: Die Oberbadische

Basel. Im Kleinbasler Stadtteil Klybeck soll auch auf den Chemiegeländen der BASF und der Novartis ein neuer Stadtteil mit 20000 Einwohnern und 30000 Arbeitsplätzen entstehen. Die Behörden von Basel-Stadt haben die Altlastenverordnung im Stadtteil Klybeck aber nur in Ansätzen umgesetzt geht aus einem Schreiben der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU) hervor.

Suche nach belastetem Grund auf dem Gelände

Deshalb wisse man bis heute nicht genau, wo auf den Chemiegeländen der Konzerne belasteter Grund vorkomme, der saniert werden müsse, beklagt die Vereinigung. Zu diesem brisanten Schluss kommt laut Mitteilung ein Gutachten des Basler Altlastenspezialisten Martin Forter, das die AefU dieser Tage veröffentlicht haben.

Kampfstoffe und krebserregende Substanzen

Chemische Kampfstoffe und weitere Krebs auslösende Substanzen sind gemäß des Gutachtens auf den Chemiegeländen umgeschlagen, verarbeitet, hergestellt und entsorgt worden. Darunter seien auch zahlreiche, sehr gesundheitsschädliche Chemikalien wie die international geächteten Kampfstoffe Senf- und Nitrosenfgas. Dieser enorm breite Schadstoffächer sei bei den bisherigen altlastentechnischen Untersuchungen nicht berücksichtigt worden. Zwar nennt laut Schreiben der historische Bericht der BASF und der Novartis aus dem Jahr 2000 zahlreiche Risikosubstanzen, die Boden und Grundwasser der Chemieareale verschmutzen können. Nach diesen aber haben die Konzerne den Grund nicht absuchen lassen, warnt die AefU.

Ausmaß des Chemiemülls noch unklar

Bis heute ist unklar, wie gross diese Chemiemüllvorkommen sind und woraus sie sich zusammensetzen, heißt es weiter im Schreiben. Meist beschränke sich das Wissen darüber auf die kleinen Bohrlöcher, in welchem der Chemieabfall unzuverlässig mit blossem Augenschein begutachtet wurde. Dies gelte auch für den Chemiemüll, den die Vorgängerfirmen der BASF und der Novartis auf öffentlichem Grund unter Straßen und Plätzen abgelagert haben: Er wurde bis heute nicht "gründlich untersucht", wie die Regierung 2018 gegenüber dem Parlament des Kantons Basel-Stadt behauptete.

AefU fordert Offenlegung der Kaufverträge

Die AefU fordern anhand des veröffentlichten Gutachtens nun die Offenlegung der Kaufverträge des NovartisAreal. Novartis hatte seinen Teil jüngst an die Central Real Estate Basel AG verkauft, einem Zusammenschluss unter anderem von Pensionskassen. Die Öffentlichkeit habe nun ein Recht zu wissen, ob und wie die Kostenfolge für die Aufräumarbeiten geregelt sind, schreibt die Vereinigung.

Auch im Klybeck müssen die belasteten Standorte systematisch und detaillierterfasst werden, fordern die Ärzte weiter. Anschließend sollen die Lokalitäten ebenso wie der restliche kontaminierte Untergrund zusammen mit dem Chemiemüll auf Allmend einmalig und definitiv auf Kosten der Verursacher vollständig beseitigt werden, bevor das Bauen beginnen kann, betont die AefU in ihrer Mitteilung.